



# Unwort „Remigration“

„Remigration“ wurde zum Unwort des Jahres 2023 gewählt. Die Jury begründet ihre Entscheidung damit, dass der Ausdruck „in der Identitären Bewegung, rechten Parteien sowie weiteren rechten bis rechtsextremen Gruppierungen zu einem Euphemismus für die Forderung nach Zwangsausweisung bis hin zu Massendeportation von Menschen mit Migrationsgeschichte geworden“ sei (Pressemitteilung der Sprachkritischen Aktion Unwort des Jahres, 15.01.2024). Im Jahr 2023 sei der Ausdruck „als rechter Kampfbegriff, beschönigende Tarnvokabel und ein die tatsächlichen Absichten verschleiern- der Ausdruck verwendet“ worden.

Als „Remigration“ wird im wirtschafts- und sozialwissenschaftlichen Sprachgebrauch in einem allgemeinen Sinn die Rückkehr von Personen an ihren ursprünglichen oder biografisch angestammten Aufenthaltsort bezeichnet, wenn sie sich in Folge einer Emigration für längere Zeit an einem anderen Ort befunden haben. In einem spezielleren Sinn der zeitgeschichtlichen Erforschung des Nationalsozialismus bzw. der NS-Exilforschung wird mit Remigration die Rückkehr von Personen aus dem Exil bezeichnet. Seit einigen Jahren wird der Ausdruck gezielt von Akteuren der Neuen Rechten – etwa der Identitären Bewegung und rechtsextremen Parteien sowie in Publikationen des politisch rechten Spektrums – verwendet, um das migra-

tionspolitische Projekt der massenhaften Rückführung oder Deportation von drei großen Personengruppen zu beschreiben: von Asylbewerber:innen, von Menschen ohne gültigen Aufenthaltstitel und von Personen (auch mit deutscher Staatsbürgerschaft) mit Migrationsgeschichte, die sich nicht in ausreichendem Maße assimiliert haben. Maßgeblich für ein als hinreichend erachtetes Maß an Assimilation sind dabei kulturalistische, ethnische, wirtschaftliche Gesichtspunkte. Häufig genannt wird eine nicht-westliche kulturelle Prägung, die Zugehörigkeit zum Islam, eine afrikanische oder orientalische Herkunft etc., die als mit der kulturellen Identität des Westens, Westeuropas bzw. einer nationalstaatlichen Identität etwa Deutschlands oder Österreichs unvereinbar identifiziert werden. Die Unwort-Jury verweist dementsprechend darauf, dass der Wortgebrauch der Neuen Rechten darauf abziele, „kulturelle Hegemonie und ethnische Homogenität zu erlangen“. „Das Eindringen und die Verbreitung des vermeintlich harmlosen und beschönigenden Ausdrucks in den allgemeinen Sprachgebrauch führt zu einer Verschiebung des migrationspolitischen Diskurses in Richtung einer Normalisierung rechtspopulistischer und rechtsextremer Positionen.“ (Pressemitteilung Sprachkritische Aktion Unwort des Jahres, 15.01.2024) Aus sozialethischer Sicht lassen sich folgende



Christian Spieß

Probleme der zunehmenden Verwendung des Ausdrucks „Remigration“ und der Etablierung von Konzepten der „Remigration“ im Sinne einer massenhaften Zwangsrückführung von Menschen mit Migrationsgeschichte zusammenfassen:

(1.) *Umdeutung des Begriffs:* Durch die häufige Verwendung und Wiederholung durch die Neue Rechte wurde der zunächst ein *freiwilliges* Migrationsphänomen beschreibende Ausdruck mit der neuen Bedeutung einer *Zwangsumsiedlung* versehen. Das entspricht der Strategie der Identitären Bewegung, belastete und negativ konnotierte Ausdrucksweisen zu vermeiden und positive oder neutrale Begriffe zu besetzen. So erklärt sich auch, dass etwa nach der am 10.01.2024 veröffentlichten Correctiv-Recherche über ein Treffen rechter Akteure bei Potsdam „Remigration“ als migrationspolitisches Ziel etwa seitens der AfD zunächst nicht zurückgewiesen wurde (selbst wenn sie sich von jenem Potsdamer „Geheimtreffen“ distanzierte),